Mehr Handel zwischen China und Tajwan / S. 3 · Überschwemmungen und Lawinengefahren / S. 14

MO 13
Preis 10 Schilling
DM 2,80, sfr 2,20, Lit 2000, hfl 60, Drs. 200, Din 850
Redaktion und Verlag: 1015 Wien, Parkring 12a
Postfach 6, ☎ 5 14 14
Abonnement-Bestellung: ☎ 5 14 14/340 DW,
Telex 114110, 115406
Telegramm: Wienpresse
Verlagspostamt: 1010 Wien, P.b.b.

Die Presse

Unabhängige Tageszeitung für Österreich

Vormals Neue Freie Presse · Montag, 28. März 1988 · Gegründet 1848 *** Nr. 12.015

Diskretion durch Anonymität
DAS SAFE
im Palais Auersperg
WERTFACHDEPOT DATENDEPOT
1080 Wien, Auerspergstr. 1 Telefon 43 61 74

Lichal bietet Krainer letzte Chance: „Ja zum Draken ohne Gesichtsverlust"

„Presse"-Gespräch von PETER ZEHRER

WIEN. In der dritten Aprilwoche wird Verteidigungsminister Robert Lichal nach Graz reisen und dem steirischen Landeshauptmann Josef Krainer die, wie er sagt, „einzige Gelegenheit geben, den Draken ohne Gesichtsverlust seinen Steirern gegenüber zu akzeptieren. Ich müßte das aber gar nicht tun". Egal wie Krainer reagiere, an der Stationierung in der Steiermark könne nicht gerüttelt werden, erklärte Lichal in einem „Presse"-Gespräch.

Lichal machte in dem „Presse"-Gespräch keinen Hehl aus seinem Ärger über Krainers jüngste Äußerungen, für ihn komme eine Stationierung der Draken-Abfangjäger in seinem Land nach wie vor nicht in Betracht. „Was ich jetzt tue, ist ein reines Entgegenkommen dem Landeshauptmann gegenüber", erklärte der Verteidigungsminister in einem „Presse"-Gespräch. „Ich müßte das alles gar nicht tun. Wir konnten morgen schon am Thalerhof landen und wenn es sein muß, die Gendarmerie dazu anhalten, dafür zu sorgen, daß das auch klaglos vonstatten geht."

Stattdessen aber habe er das Anflugverfahren der Draken noch einmal überdenken lassen. Er könne seinem Parteifreund Krainer eine gewisse Modifizierung anbieten und ihm somit die Möglichkeit geben, den Steirern gegenüber das Gesicht zu wahren.

„Was will er denn? Er kann dann sagen, daß er sich für seine Landsleute so lange und massiv eingesetzt hat, bis wir alles, aber auch wirklich alles berücksichtigt haben, und daß somit die Voraussetzungen für sein bisheriges Veto weggefallen sind. Das werde ich ihm anbieten."

Und wenn Krainer darauf nicht eingehe? „Dann tut es mir leid. Mein Standpunkt ist klar und unabänderlich, er kennt ihn. Die Draken kommen in die Steiermark, die rechtliche und militärische Situation ist ganz eindeutig, da gibt es gar keine Debatte." Er hoffe aber doch, daß der Landeshauptmann endlich Einsicht zeige.

Vorerst fährt Lichal am 11. April zu einem offiziellen Besuch in die UdSSR, unmittelbar nach seiner Rückkehr – „Ich weiß noch nicht genau, am 18. oder am 20. April" – will er mit Krainer zusammentreffen.

Der von Lichal – offenkundig als Geste des guten Willens – angedeuteten Modifizierung des Anflugverfahrens sind freilich Grenzen gesetzt. Die Landung kann durch eine Verringerung der Geschwindigkeit zwar „umweltfreundlicher" gemacht werden, das ändert aber nichts daran, daß der sicherste Modus gewahlt werden muß. Bei zu großer Drosselung der Geschwindigkeit wurde die Instabilität des Deltaflüglers erhöht und das Risiko für die Piloten untragbar werden. „Da muß man die Faktoren ganz genau und vorsichtig abwägen", sagen Fachleute im Ministerium.

Scharfe Kritik an Preßburger Polizeiaktion gegen Gläubige

PRESSBURG/WIEN (ag.). Die gewalttätige Niederschlagung einer Kundgebung von rund 2000 Katholiken in der slowakischen Hauptstadt Preßburg am Freitagabend, die „Presse" berichtete in einem Teil ihrer Wochenendausgabe darüber, hat eine Flut von Stellungnahmen und scharfe Protesten ausgelöst. So protestierte die britische Regierung scharf gegen den „verabscheuungswürdigen Polizeieinsatz", der an die „Brutalitäten einer vergangenen Epoche" erinnere. Die österreichischen Grünen forderten Außenminister Mock auf, Stellung zu beziehen. Die brutale Verletzung der KSZE-Schlußakte von Helsinki dürfe nicht einfach hingenommen werden.

Der ÖVP-Abgeordnete und Menschenrechtsexperte Ermacora wiederum forderte die Delegierten des Wiener KSZE-Folgetreffens auf, unverzüglich die Ereignisse von Preßburg zu beraten. Im Lichte der Menschenrechte gebe es für das Verhalten der Polizei keine wie immer geartete Rechtfertigung.

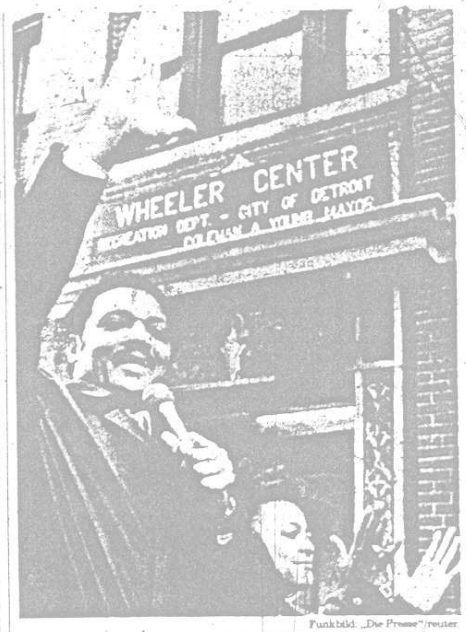
Der Prager Erzbischof, Kardinal Frantisek Tomasek, meinte, mit einem derart harten Vorgehen der Sicherheitsorgane habe er nicht gerechnet. Vaclav Benda wiederum, katholischer Bürgerrechtler und Charta-77-Aktivist, warf den kommunistischen Behörden vor, mit ihrem Vorgehen in Preßburg bewiesen zu haben, daß sie den sowjetischen Reformkurs in der Tschechoslowakei nicht verwirklichen wollten.

Einer der Initiatoren der Preßburger Kundgebung, der vorübergehend verhaftete Jurist Jan Cernogursky, erklärte in einem Interview, seiner Ansicht nach würden die Behörden ihre Lehre aus den Ereignissen vom Freitagabend ziehen. All die religiösen Manifestationen in der CSSR in der jüngsten Zeit wurden der Regierung zeigen, daß sie mit den Gläubigen im Lande behutsamer umgehen müsse. Es sei zu hoffen, daß das Ausmaß der Freiheit langsam, aber sicher auch in der Tschechoslowakei ausgeweitet würde. Cernogursky dankte außerdem für die internationale Solidarität und das Interesse für die religiösen Entwicklungen in der CSSR.

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE

- Divide et impera: Mitterrands Devise zum Machterhalt. Seite 2
- Der Finanzbedarf der Golfkrieg-Staaten wächst und wächst. Seite 3
- Umweltsorgen: 500.000 Tonnen Giftmüll versickern. – Im Brennpunkt: Kernkraft, das entzauberte Füllhorn. – Kommentar: Auch schalle Schreie schaden dem Wald. Seiten 3, 4, 7
- Herbert von Karajan dirigiert Puccinis „Tosca" zur Eröffnung der Salzburger Osterfestspiele. Seite 6
- Leo Kirch, vom Winzersohn zum Medienzaren. Seite 14
- Theater Seite 6
- Kino Seite 10
- Radio/TV, Wetter, Leserbriefe Seite 12



Funkbild: „Die Presse"/reuter

UND AUCH EIN FERNSEHSTAR KÄMPFT FÜR JACKSON

In Detroit warb der demokratische Kandidat vor dem Wahlgang mit ganzem Einsatz – unterstützt vom TV-Star Kim Fields (rechts).

Jesse Jackson Vorwahlsieger in Michigan

DETROIT (ap). Bei den Vorwahlen der Demokratischen Partei in den USA für die Nominierung ihres Präsidentschaftskandidaten hat am Wochenende der schwarze Bürgerrechtskämpfer Jesse Jackson einen bedeutenden Erfolg errungen. Im Industriestaat Michigan, der Hochburg der US-Autoindustrie, erhielt er 55 Prozent aller Stimmen. Er verwies damit seinen Hauptrivalen, Gouverneur Michael Dukakis aus Massachusetts, auf den zweiten Platz. Auf Dukakis entfielen 28 Prozent der Stimmen, auf den Abgeordneten Richard Gephardt aus Missouri nur 13 Prozent. Gephardt durfte nach Angaben seiner Mitarbeiter nun aus dem Rennen ausscheiden und sich um eine Wiederwahl im Repräsentantenhaus bemühen.

Jacksons Erfolg, der in Detroit mit dessen starkem schwarzen Bevölkerungsanteil besonders deutlich ausfiel, brachte die demokratischen Hauptbewerber um die Präsidentschaftskandidatur wieder dicht zusammen. Der Prediger verfügt jetzt über 585 Delegiertenstimmen, Dukakis über 597. Dritter im Rennen ist Albert Gore mit 363 Delegierten. Für eine Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten sind die Stimmen von mindestens 2082 der 4162 Parteitagsdelegierten erforderlich.

Morgen finden in Connecticut die nächsten Vorwahlen statt.

Glosse Seite 2

Erfolgreiche Bonner Aktion gegen Spione: Zahlreiche Ostagenten wurden enttarnt

Von unserem Korrespondenten EWALD KÖNIG

BONN. In einer Großfahndung haben deutsche Behörden von Donnerstag bis zur Nacht auf Sonntag mehrere Spione enttarnt. Die meisten davon dürften für den sowjetischen Geheimdienst KGB gearbeitet haben. Die Fahndung bezog sich nicht nur auf das Gebiet der Bundesrepublik, sondern auch auf das benachbarte Ausland.

Der neutrale Boden Österreichs und der Schweiz und die durchlässigen Grenzen zur Bundesrepublik stellen ideale Arbeitsbedingungen für Agenten dar. Heute, Montag, wird Generalbundesanwalt Kurt Rebmann über die Aktion die Öffentlichkeit informieren.

Bis Sonntag war über die Fahndungsaktion zwar eine Nachrichtensperre verhängt, aber es sickerte dennoch so manche Information durch. Es heißt, die Fahnder seien über verfrühte Veröffentlichungen sehr verärgert, weil der Erfolg in Frage gestellt werde, andererseits gibt es auch Mutmaßungen, manche Details seien lanciert worden.

Mindestens 15 Fälle wurden in diesen Tagen untersucht. Sechs mutmaßliche Spione dürften sich in Haft befinden. Es handelt sich um Ärzte, Ingenieure und Sekretärinnen. Sie arbeiteten in verschiedenen Bundesbehörden in Bonn und anderen Städten sowie sogar beim Bundesgrenzschutz. Unter den vorübergehend Festgenommenen befand sich auch ein iranischer Arzt aus Aachen. Er soll für Spionageausbildung von Iranern und Syrern in Damaskus zuständig gewesen sein. Ein Maschinenbauingenieur soll besondere Kenntnisse über Bundeswehrprojekte weitergegeben haben, darunter Material über den Tornado und den „Jager 90".

Der Präsident des Verfassungsschutzes, Gerhard Boeden, meinte am Sonntag, besonders in Entspannungszeiten hatten Geheimdienste Hochsaison. Sie würden zwar nicht aggressiv, doch aktiv vorgehen.

Möglicherweise geht die Razzia auf die Auskunftsfreude der vor einer Woche festgenommenen Sekretärin Elke Falk zurück. Sie war offenbar wichtige Agentin für die DDR. Im Zuge der Großfahndung in Wohnungen und Büros sollen Agenten enttarnt worden sein, die für die DDR, für die Sowjetunion und für die CSSR tatig gewesen waren.

Ein Europa für alle Bürger

VON BURKHARD BISCHOF

Innerhalb weniger Tage hat sich gegen Ende der fünften Runde des Wiener KSZE-Folgetreffens das Gesamtbild des Konferenzgeschehens doch noch einigermaßen zum Positiven gewandelt. Denn bis zur vergangenen Woche konnte die Situation eigentlich nicht düster genug beschrieben werden. Da war wochenlang selbst um Beistriche und Klammern herumgestritten worden, waren Zusagen gemacht und wieder zurückgezogen worden, weil Hauptstädte ihre Delegationen in Wien in diesem oder jenem Punkt zurückgepfiffen hatten.

Dem diplomatischen Taktieren konnten außenstehende Beobachter eigentlich nur noch mit verständnislosem Kopfschütteln gegenüberstehen. Selbst dann, wenn man Verstandnis dafür aufbringt, daß gut Ding eben Weile

– Ein kleines, aber gleichwohl markantes Beispiel dafür: Wenn die Sowjetunion und ihre osteuropäischen Verbündeten in einem KSZE-Dokument die Vertraulichkeit der Telephon- und Postyverbindungen vertraglich zusichern, dann ist das – selbst wenn es lächerlich klingt – ein betrachtlicher Fortschritt. Denn auf diese von ihren Regierungen international eingegangene Verpflichtung wird der Sowjetbürger oder Rumäne oder Ostdeutsche seine Behörden aufmerksam machen konnen, wenn sein Telephon abgehört oder seine Briefe geoffnet werden. Gleiches träfe naturlich auch auf Burger westlicher oder neutraler KSZE-Staaten zu.

für den Bereich der militärischen Sicherheit, insbesondere für die Sondierungsgespräche der 23 Allianz-Mitglieder über künftige konventionelle Rustungskontroll-Verhandlungen in Europa.

Hier gibt es bereits Einigkeit zwischen Nato und Warschauer Pakt über wichtige Teile des Mandats. Einige Punkte sind weiterhin strittig, doch scheinen durchaus Kompromißformeln denkbar – vorausgesetzt, das politische Interesse in beiden Allianzen an solchen konventionellen Abrustungsverhandlungen bleibt bestehen. Gegenwartig jedenfalls gibt es keine Anzeichen dafur, daß dieses Interesse nachgelassen hatte.

Genau an diesem Interesse

und humanitären Kontakte des ersten und dritten Korbes gefehlt. Zwar stimmten letzte Woche schließlich doch noch alle 35 Teilnehmer einem Bündel von konsensfähigen Texten aus allen Abschnitten des dritten Korbes zu, doch die hartesten Punkte sind nach wie vor ungelöst.

In den Prinzipienfragen des ersten Korbes etwa sind dies Freizügigkeit, Religionsfreiheit und die Rolle von Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen, wo die Mehrzahl der Delegationen aus den Oststaaten bis jetzt einfach nicht über ihren Schatten springen wollte. Hier aber zeigt sich auch, wie schwer sich die Sowjetunion und ihre Verbündeten bei der Umsetzung der lauthals propagierten „Perestrojka" und „Glasnost" in die Praxis tun.

Aber noch ist das Wiener Folgetreffen nicht gescheitert. Und bei entsprechendem Wil-

Mit Gummiknüppeln und Wasserwerfern

p. m. p. – Das harte Vorgehen der Sicherheitsorgane gegen betende und singende Menschen in Preßburg hat innerhalb und außerhalb der Grenzen des Landes Proteste und Betroffenheit ausgelöst: Proteste gegen die Mißachtung der Menschenrechte, Betroffenheit über die unbegründete und unerwartete Brutalität. Versuche der Desinformation – die Veranstaltung sei vom Ausland gesteuert und von den kirchlichen Stellen verurteilt worden – sind gescheitert und waren von vornherein nicht geeignet, das Verhalten zu rechtfertigen. Was also hat das tschechoslowakische Regime bezweckt? Sicher war ihm generell daran gelegen, seine Macht zu demonstrieren, und zwar bei einem Anlaß, der keinerlei Risiko einschloß. Aber warum erschien ihm eine solche Demonstration über-

fassung und der Menschenrechte, einen solchen Grad an Nervosität, ja Angst ausgelöst? Wollte man dem Vatikan zu verstehen geben, daß er bei den Verhandlungen über die Ernennung von Bischöfen nicht mit einer Wirkung der gezeigten Sympathien der Bevölkerung rechnen könne? Oder wollte man mittels Gummiknüppeln und Wasserwerfern Moskau signalisieren, daß in Prag andere Vorstellungen von Perestrojka herrschen, als Gorbatschow sie verkündet und damit auch Probleme verursacht habe? Daß die CSSR wie schon so oft als ein „Musterland", vor allem an Härte, gelten wolle? Daß sie sich von Reaktionen in den Nachbarländern jedenfalls nicht beeindrucken lasse? Das wird auch der österreichische Bundeskanzler ins Kalkül ziehen müssen, wenn er

Mehr Handel zwischen China und Taiwan / S. 3 · Überschwemmungen und Lawinengefahren / S. 14

MO 13
Preis 10 Schilling
DM 2,60, sfr 2,20, Lit 2000, bfr 60, Drs. 200, Din 950
Redaktion und Verlag: 1015 Wien, Parkring 12a
Postfach 6, ☎ 5 14 14
Abonnement-Bestellung: ☎ 5 14 14/540 DW.
Telex 114110, 115406
Telegramm: Wienpresse
Verlagspostamt: 1010 Wien, P.b.b.

Die Presse

Unabhängige Tageszeitung für Österreich

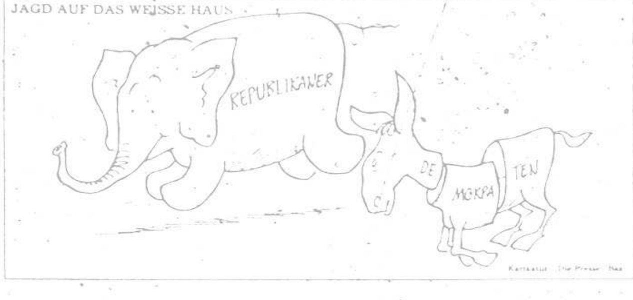
Vormals Neue Freie Presse

Montag, 28. März 1988

Gegründet 1848 *** Nr. 12.015

Diskretion durch Anonymität
DAS SAFE
im Palais Auersperg
WERTFACHDEPOT DATENDEPOT
1080 Wien, Auerspergstr. 1 · Telefon 43 61 74

JAGD AUF DAS WEISSE HAUS



Karikatur: „Die Presse" / Has

Nikaragua verabschiedet ein Amnestie-Gesetz

MANAGUA (afp/ap). In Nikaragua wurde am Samstag gemäß den Bestimmungen des jüngsten Sapoa-Friedensvertrages mit den antisandinistischen Kämpfern ein Amnestiegesetz verabschiedet. Direkt betroffen sind davon 3300 politische Gefangene, die durch das Gesetz das Recht erhalten, sich wieder in den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Prozeß in Nikaragua einzugliedern. Heute, Montag, soll zwischen den Sandinisten und den Contras ein Vertrag über den Kämpfern in Nikaragua zugewiesene Zonen ausgehandelt werden.

Juntachef Ortega bezeichnete indes die Stationierung einer von mehreren Staaten gestellten Friedenstruppe als die einzige Möglichkeit, den Frieden im Grenzgebiet zwischen Nikaragua und Honduras über das zunächst 60 Tage geltende Waffenstillstandsabkommen hinaus zu sichern.

Panama weist kritische Journalisten aus

CIUDAD DE PANAMA (ag.). Die panamesischen Machthaber demonstrierten vor dem Hintergrund einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise am Wochenende Härte gegen regimekritische Landsleute und Ausländer. So wurden neun Journalisten ausgewiesen und streikende Arbeiter festgenommen. Darüber hinaus besetzten die Sicherheitskräfte den Hafen von Balboa an der pazifischen Einfahrt des Panama-Kanals, um eine Wiederaufnahme der Schiffsabfertigung durchzusetzen.

Gleichzeitig drohten die panamesischen Machthaber den Banken mit dem Einsatz „aller legalen Mittel". Den Geldinstituten wurde vorgeworfen, die finanzielle Krise zu verschärfen. Zuvor hatten die Banken eine Regierungsforderung abgelehnt, Gelder für die Auszahlung der Staatsangestellten bereitzustellen.

US-Außenminister vor neuer Nahostmission

TEL AVIV (reuter, ap). Der amerikanische Außenminister George Shultz will seine Nahost-Pendelmission am Ostersonntag wiederaufnehmen. Nach Angaben aus Washington will Shultz vom 3. bis 8. April Israel, Jordanien, Ägypten, Syrien und Saudiarabien besuchen. Außenamtssprecher Redman zufolge sei Shultz überzeugt, seine Reise könne nützlich sein, auch wenn bisher keine der Konfliktparteien seinem Friedensplan zugestimmt habe.

Der Plan sieht eine internationale Nahost-Konferenz mit anschließenden Verhandlungen über eine befristete Palästinenser-Autonomie in den israelisch besetzten Gebieten vor. Darauf sollen Direktgespräche über eine endgültige Friedenslösung folgen.

Indes haben israelische Soldaten im besetzten Westjordanland am Sonntag drei junge Palästinenser erschossen.

Schwarzer Königsmacher

Bei den US-Demokraten scheint sich das Feld der Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur weiter zu lichten. Ein klarer Spitzenreiter freilich ist nach wie vor nicht in Aussicht. Was sich aber zunehmend abzeichnet, ist ein Parteitag im Juli, bei dem der Kandidat hinter den Kulissen „ausgehandelt" wird. Und dabei dürfte dem schwarzen Prediger Jesse Jackson eine entscheidende Rolle zukommen. Jackson, der vor nicht zu langer Zeit noch als unberechenbares Enfant terrible unter den Demokraten gegolten hat, ist es gelungen, sein radikales Image zu mäßigen. Die Delegiertenstimmen, die er bisher auf sich vereinigt hat, reichen zwar nicht aus, daß er als erster Schwarzer der US-Geschichte in Atlanta zum Präsidentschaftsbewerber seiner Partei gekürt wird. Sie geben ihm aber den Anspruch darauf, als erster Schwarzer in die Rolle eines Königmachers zu schlüpfen. Und in dieser liegt ein beträchtliches Potential an politischer Macht. hs

IN KÜRZE

GOLFKRIEG. In den Hauptstädten der beiden Kriegsgegner schlugen am Wochenende wieder Raketen ein. Sowohl in Teheran wie in Bagdad wurden dabei Zivilpersonen getötet. Auch der Krieg gegen die Schiffahrt im Golf ging mit zwei Angriffen auf Tanker weiter. In Kurdistan meldete Teheran Geländegewinne.

IRANGATE. US-Präsident Reagan hat mit seiner Erklärung, er rechne mit einem Freispruch im Prozeß gegen die vier Drahtzieher der Iran-Contra-Affäre, eine Welle der Kritik ausgelöst. Er brach eine Tradition, nach der US-Präsidenten nicht zu laufenden Gerichtsverfahren Stellung nehmen.

SUPERMÄCHTE. Die USA und die Sowjetunion haben sich darauf geeinigt, daß amerikanische Ärzte psychiatrische Anstalten in der UdSSR besuchen können.

PAPST Johannes Paul II. hat am Palmsonntag für 19. und 20. August 1989 seine dritte Spanienreise angekündigt.

WIEDERGUTMACHUNG. Der Jüdische Weltkongreß hat die österreichische Wiedergutmachung an Opfer der NS-Zeit als „Entweihung des Andenkens der Opfer des Holocaust" bezeichnet.

KAMBODSCHA. Die Universität von Phnom Penh wurde am Wochenende nach 13 Jahren wiedergeöffnet.

POLEN. In Warschau wurden am Wochenende in einer Privatwohnung 21 Mitglieder der verbotenen Friedensgruppe „Freiheit und Frieden" festgenommen.

DEUTSCHE GRÜNE. Mit großer Mehrheit beschlossen die Delegierten der Bundesversammlung der Grünen am Wochenende in Ludwigshafen die Gründung des „Stiftungsverbands Regenbogen". Für diese politische Stiftung können die Grünen jährlich umgerechnet etwa 420 Millionen Schilling von Bonn beantragen.

Belgien ist seit 106 Tagen ohne Regierung
Auch der dritte Vermittler gab auf

Von unserem Korrespondenten GEORG POSSANNER

BRÜSSEL. Belgien steuert unaufhaltsam einem neuen Rekord an politischer Manövrierunfähigkeit entgegen. Das Land ist seit 106 Tagen ohne Regierung, am Mittwoch wird der alte Rekord (108 Tage) von vor neun Jahren eingestellt. Die Krise hat sich weiter vertieft, nachdem auch der dritte von König Baudouin bestellte Vermittler, der Flame Jean-Luc Dehaene, bei seinem Versuch, eine Fünf-Parteienkoalition zu bilden, gescheitert ist und seinen Auftrag zurückgelegt hat.

Obwohl Fortschritte im wirtschaftlichen und sozialen Bereich erzielt werden konnten, hat die Auseinandersetzung zwischen den frankophonen Wallonen und den Niederländisch sprechenden Flamen über das Schicksal eines Dorfbürgermeisters eine Einigung unmöglich gemacht.

Zur Erinnerung: Der vierzig Jahre alte Dorfbürgermeister José Happart ist seit vielen Jahren eine gefürchtete Figur der belgischen Innenpolitik. Bereits zum zweiten Mal hat er eine Regierung gestürzt. Er steht der 4200 Seelen zählenden Gemeinde Fouron (Voeren) im Nordosten Lüttichs vor. Im Zuge eines Gebietsaustausches in den sechziger Jahren wurde sie von der frankophonen Provinz Lüttich abgetrennt und der flämischen Provinz Limburg zugeschlagen. Damit hat sich die Französisch sprechende Mehrheit des Orts nie abgefunden.

Happart weigert sich, in Gemeinderatssitzungen auch Niederländisch zu sprechen, worauf ihn der Brüsseler Staatsrat, die oberste Verwaltungsinstanz, und der Provinzgouverneur mehrfach des Amts enthoben. Doch ließ sich Happart, gestützt auf die Mehrheit, prompt wieder wählen. Das „Voerener Karussel" sprengte im vergangenen Herbst die Geduld der flämischen Christdemokraten, die Premierminister Martens ultimativ aufforderten, die Posse endgültig zu beenden, widrigenfalls sie ihm das Vertrauen entziehen würden.

Am 13. Dezember wurde hierauf gewählt. Die Mitte-Rechts-Koalition ging mit einer knappen Mehrheit aus dem Urnengang hervor, die eigentlichen Wahlsieger aber waren die Sozialisten in Wallonien und die Liberalen in Flandern. Die Sozialisten erhoben Anspruch auf eine Regierungsbeteiligung, Martens lehnte ab.

Nachdem die beiden Sozialisten, Willy de Claes, ein ehemaliger flämischer Wirtschaftsminister, und Guy Spitaels, der Parteivorsitzende der wallonischen Partei, erfolglos geblieben waren, versuchte Jean-Luc Dehaene sein Glück. Doch alles scheiterte an den Problemen, die die beiden Volksgruppen in Belgien seit langem entzweien.

König Baudouin nahm sofort neue Konsultation auf. Der Monarch hat mehrere Möglichkeiten. Er kann jemanden beauftragen, dort fortzusetzen, wo Dehaene aufgehört hat, er kann einen neuen Vermittler bestellen, er kann die Führer aller Parteien zu sich rufen und ihnen den Ernst der Lage klarmachen. Oder der König läßt ganz einfach das Parlament neu wählen.

Scharfe Proteste gegen Polizeiaktion in Preßburg

Fortsetzung von Seite 1

Die Polizeiaktion hatte sich nicht nur gegen die Teilnehmer an der behördlich verbotenen Kundgebung für Religionsfreiheit und Bürgerrechte in der ČSSR gerichtet, sondern auch gegen die zahlreich angereisten ausländischen Berichterstatter. Viele von ihnen wurden stundenlang im Preßburger Polizeihauptquartier festgehalten und verhört, ebenso wie mehrere hundert Demonstranten.

Mit Wasserwerfern, Straßenreinigungsfahrzeugen und Hunden vertrieben die Sicherheitskräfte die Kundgebungsteilnehmer, die in Sprechchören Glaubensfreiheit gefordert und Kirchenlieder gesungen hatten. Bei Handgemengen zwischen teils stark alkoholisierten Polizisten und demonstrierenden Gläubigen gab es teilweise auch Verletzte.

Während die offizielle ČSSR-Presse die Preßburger Kundgebung als „Provokation" bezeichnete und den Organisatoren und Teilnehmern die Absicht unterstellte, die Beziehungen zwischen Kirche und Staat stören zu wollen, sprach einer der Initatoren der Demonstration von einer „neuen Form des Bürgerprotestes". Kardinal Tomašek meinte, das Vorgehen der Polizei könne die Kirche in der ČSSR nur weiter stärken. Die Loyalität innerhalb der Kirche sei schon jetzt stärker als in der Vergangenheit und beziehe insbesondere immer mehr junge Leute ein.

Widersprüchliche Berichte über Krisenlage in Armenien

Von unserem Korrespondenten UWE ENGELBRECHT

MOSKAU. Die für das Wochenende befürchteten neuen Unruhen im armenisch-aserbaidschanischen Nationalitätenkonflikt sind offenbar ausgeblieben. Vor allem die Meldungen aus der armenischen Hauptstadt Jerewan ließen auf eine leichte Entspannung schließen. Aus Stepanakert, der Hauptstadt der umstrittenen armenischen Enklave Berg Karabach auf aserbaidschanischem Gebiet, berichteten sowjetische Blätter allerdings über anhaltenden Unmut der Bevölkerung.

In Baku und anderen Orten Aserbaidschans blieb es offenbar ruhig. Vorsorglich waren Arbeitermilizen und Polizei in erhöhte Bereitschaft versetzt worden.

Widersprüchliche Darstellungen gab es vor allem über den Widerhall, den die Aufrufe des vorige Woche aufgelösten zentralen „Karabach-Komitees" in Armenien und besonders in Jerewan gefunden hatten. Die Initiatoren hatten in Flugblättern verlangt, Jerewan zur „toten Stadt" zu erklären.

Das sowjetische Fernsehen zeigte Bilder eines normalen Straßenlebens in Jerewan. Fernsehen und Zeitungen erwähnten ein verstärktes Milizaufgebot in Jerewan und anderen Landesteilen. Über Zusammenstöße lagen keine Meldungen vor. Berichte, ein Teil der Einwohner Jerewans sei am Sonntag dem Aufruf des Karabach-Komitees gefolgt und habe die Häuser nicht verlassen, ließen sich zunächst nicht überprüfen.

18 Jahre Haft für Vanunu
Prozeß läßt viele Fragen offen

Von unserem Mitarbeiter PETER PHILIPP

JERUSALEM. Zu 18 Jahren Haft hat ein Jerusalemer Bezirksgericht am Sonntag den wegen Spionage, Landesverrat und Kollaboration mit dem Feind angeklagten 34jährigen Israeli Mordechai Vanunu verurteilt. Hauptanklagepunkt war, daß Vanunu vor zwei Jahren Einzelheiten über das israelische Atomforschungszentrum von Dimona an die britische „Sunday Times" verraten hatte. Der Verteidiger Vanunus hat bereits angekündigt, daß er vor dem Obersten Gerichtshof Berufung einlegen will.

Der Prozeß wurde sieben Monate lang unter strenger Geheimhaltung durchgeführt. Erst vergangenen Donnerstag wurde der Angeklagte in allen drei Punkten der Anklage für schuldig befunden. Grundsätzlich hätte er dafür die Todesstrafe erhalten können. Experten erwarteten aber eine lebenslängliche Haftstrafe. Die niedrigere Strafe überraschte deshalb. Vanunu kann bei guter Führung in zwölf Jahren wieder freigelassen werden.

Offensichtlich läßt der Prozeß gegen Vanunu mehr Fragen offen als er beantwortet: Israel hatte seit vielen Jahren darauf bestanden, daß es „nicht der erste Staat" sein werde, „der Nuklearwaffen in den Nahen Osten einführe". Nach dieser Formel hätte Vanunus Bericht natürlich falsch sein müssen und nicht seine aufwendige Entführung und Verurteilung verdient. Wären die bisherigen offiziellen Erklärungen aller maßgeblichen israelischer Politiker aber Lügen, dann wäre es jetzt an der Zeit, klare Position zu beziehen.

Berichte über das israelische Nuklear-Potential hat es bereits seit vielen Jahren gegeben. Sie wurden aber immer als unglaubwürdig abgetan. Dasselbe Schicksal hätte wohl auch die Vanunu-Story ereilt, wenn man auf den Prozeß verzichtet hätte. Jetzt aber hat Israel den arabischen Nachbarstaaten erst den Vorwand geliefert, sich selbst aktiv um Nuklearwaffen zu bemühen.

PERSPEKTIVE PARIS

Divide et impera: Mitterrands Devise zum Machterhalt

Von Reinhold Smonig

Vier Wochen vor der ersten Runde in den französischen Präsidentschaftswahlen ist von konkreten politischen Programmen, Visionen oder Perspektiven weit und breit noch wenig zu erkennen. Das Strategiespiel zwischen den Hauptkandidaten läuft dafür auf Hochtouren, seit der amtierende sozialistische Staatspräsident François Mitterrand vergangene Woche mit seiner offiziellen Bewerbung als letzter ins Rennen gegangen ist.

Anstatt einen „Großvater der Nation" entdeckten die Franzosen einen kämpferischen Kandidaten voller Verve. Mitterrands Widersacher müssen sich den Provokationen des ohne Komplexe von der Höhe der Staatsspitze in den schnöden Wahlkampf herabgestiegenen Präsidenten-Kandidaten stellen.

Mitterrands Ziel ist es vor allem, das bürgerliche Lager zu spalten. Die Keile, die er zwischen die gaullistische RPR um Chirac und die liberale Parteiengruppierung UDF, die Barre unterstützt, treibt, scheinen zu greifen.

Daß die Tendenz der gaullistischen RPR, ihre Dominanz auf das UDF-Lager auszudehnen, so manchen Giscardianer und Zentristen höchst suspekt ist, weiß Mitterrand nur zu gut. Also setzt er hier mit seiner Zersetzungarbeit an. Er geißelt mit drastischen [...] zweiter Linie sehen sie sich als solidarische Partner der bürgerlichen Parlaments- und Regierungsmehrheit. Für einen bürgerlichen Erfolg in der Stichwahl zwischen den beiden bestplazierten Kandidaten des ersten Wahlganges müßten aber beide Lager der französischen Rechten ihre Kräfte für den im Rennen gebliebenen Bewerber zusammenspannen. Mitterrands Trachten ist indessen darauf ausgerichtet, gerade dies zu durchkreuzen.

Barre, der in den Meinungsumfragen immer weiter abfällt, hat es bereits „nicht ausgeschlossen", eine nach dem 8. Mai von François Mitterrand berufene Regierung zu unterstützen, „wenn diese ein akzeptables Programm präsentiert". In Chiracs RPR hingegen sieht man „praktisch keine Chance", daß eine von einem [...] se „Divide et impera" stehende Taktik gewertet werden. Die Bruchlinien zwischen Gaullisten und Barristen sind deutlicher denn je. Daran ändert auch nichts, wenn Chirac und Barre beteuern, an ihrem für die kommenden Tage geplanten Treffen festhalten zu wollen.

Auch der Vorstoß der Gaullisten, für die Zeit nach den Präsidentenwahlen einen Annäherung zwischen gaullistischem und liberalem Lager anzustreben, die in die Schaffung einer starken vereinten konservativ-liberalen Kraft in Frankreich münden solle, wird seitens der UDF immer skeptischer beurteilt.

Diese Entwicklung der Strategien im Vorfeld der Präsidentenwahlen deckt freilich auch eine Innovation im Kräftespiel der französischen Politik auf: Die automatische Abgrenzung zwi-

US-Studie fordert politischen Zusammenhalt in der Nato

Von unserer Korrespondentin MONICA RIEDLER

WASHINGTON. Der politische Zusammenhalt im westlichen Verteidigungsbündnis sei ein vorrangiges Problem für die nächste US-Regierung, wer immer auch zum Präsidenten gewählt werde. Zu diesem Schluß kommt eine Studie des „Zentrums für strategische und internationale Studien" (CSIS) in Washington, in der eine Arbeitsgruppe von Sicherheitsexperten dem nächsten Präsidenten Vorschläge für die nationale Sicherheitspolitik der USA macht.

Der amerikanisch-sowjetische Vertrag über den weltweiten Abbau von Mittelstreckenraketen (INF) sei wichtig, viel entscheidender [...] stungsverhandlungen mit dem Warschauer Pakt betrifft, warnt der Bericht davor, sich zu sehr auf „Bohnenzählen" einzulassen. Denn „Wenn man nicht aufpaßt, wird der nächste Präsident mit dem Zählen von Truppen und Waffen ausgelastet sein", so John Medosch, Direktor für politisch-militärische Angelegenheiten des Instituts, im Gespräch mit der „Presse". Man müsse sich darauf konzentrieren, die sowjetische Seite von einer defensive Verteidigungspolitik zu überzeugen.

Die Arbeitsgruppe verweist darauf, daß der weltweite Drang zur atomaren Abrüstung eine teure Verbesserung der konventionellen Rüstung der Nato notwendig